

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Montag den 17. Februar.

No 48.

1873.

Landtag.

Bresden, 15. Februar. Aus dem vorliegenden dritten Berichte der Finanzdeputation der Zweiten Kammer über verschiedene Eisenbahn-Projekte entnehmen wir ferner folgende Mittheilungen:

1) Linie Weissen-Vommagisch-Größbotten-Weissenfels. Durch diese Bahn soll eine möglichst geradlinige Eisenbahnverbindung zwischen Görlitz und Weissenfels geschaffen werden.

Die Deputation beantragt daher, die Staatsregierung zu ermächtigen, einer Gesellschaft Concession zu ertheilen zum Bau einer Eisenbahn von Görlitz bis zur Landesgrenze bei Pegau.

2) Die Linie Dresden-Wilsdruff-Rügeln Leipzig soll von Dresden ab über Wilsdruff, Leipzig, Ostrau, Rügeln, Wuhlfelden, Niesbach, Trebsen und Zwoinaudorf bei Leipzig geführt werden.

Die Deputation beantragt: die Staatsregierung zu ersuchen, einem Unternehmer die Übernahme genereller Vorarbeiten für eine Linie Dresden-Wilsdruff-Leipzig dann zu gestatten, wenn bis 1. Januar 1874 nicht sichere Aussicht für ein Unternehmen Weissen-Leipzig oder Dresden-Wilsdruff-Altendorf vorhanden ist.

3) Linien Weissen-Jessen und Deuchau-Brandis. Antrag der Deputation: die Staatsregierung zu ermächtigen, der Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Compagnie die Concession zum Bau und Betriebe zu ertheilen.

4) Schwarzenberg-Johanngeorgen. Antrag der Deputation: die Staatsregierung zu ersuchen, daß wenn sich bis zum 1. October dieses Jahres keine Gesellschaft gebildet hat, unter geeigneten Garantien diese Bahn zu bauen, dann die Regierung dem nächsten Landtage eine Vorlage zum Staatsbahnbau dieser Linie mache.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die Königl. Botenschaft und die entsprechenden Anträge aus der Mitte des Hauses waren am Samstag der Gegenstand der Verhandlung, die der überfüllten Tribünen im preussischen Abgeordnetenhause stattfand.

zu stellen, die Gegenstände, deren Untersuchung es fordere, und die Beweismittel, Zeugen u. s. w. frei zu bezeichnen, damit in keiner Weise die Resultate verkürzt, und verhinert werden könne.

Aus Bayern wird von verschiedenen Seiten gemeldet, daß die Regierung die von Württemberg bereits vollzogene Schwenkung in der Frage der Reichsjustizgesetzgebung nachzutun im Begriffe steht.

Aus Wien, 15. Februar, berichtet der Telegraph: In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergreift nach Einbringung mehrerer Eisenbahnvorlagen der Ministerpräsident Fürst Auersperg das Wort, um folgende Erklärungen abzugeben: Gemäß der in der kaiserlichen Thronrede gemachten Zusage sei das Ministerium heute in der Lage, dem Hause die Vorlagen wegen Reform der Wahlgesetze zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Deputation beantragt die Staatsregierung zu ermächtigen, einen Unternehmer die Übernahme genereller Vorarbeiten für eine Linie Dresden-Wilsdruff-Leipzig dann zu gestatten, wenn bis 1. Januar 1874 nicht sichere Aussicht für ein Unternehmen Weissen-Leipzig oder Dresden-Wilsdruff-Altendorf vorhanden ist.

Wie die „Baseler Nachrichten“ mittheilen, hat die Diöcesanconferenz zu Solothurn den Beschluß gefaßt, da das Domcapitel die Wahl des Bisthumsvermeßers ablehnt, nunmehr diese Wahl selbst zu vollziehen.

Wie die „Baseler Nachrichten“ mittheilen, hat die Diöcesanconferenz zu Solothurn den Beschluß gefaßt, da das Domcapitel die Wahl des Bisthumsvermeßers ablehnt, nunmehr diese Wahl selbst zu vollziehen.

Im Senate des italienischen Parlaments wurde am 4. Februar auf den Antrag des Senators Bepoli folgende Tagesordnung angenommen: Der Senat, bewegt durch die Nachricht von

der Thronensagung des Königs Amadeus von Spanien, betrachtet sich als Dolmetscher der Gesinnungen der Nation, wenn er diesem Fürsten wegen seiner würdigen und wahrhaft constitutionellen Haltung seine Bewunderung ausdrückt und demselben versichert, daß er bei seiner Rückkehr in das Vaterland stets den Gefühlen der Liebe und Verehrung wiederum begegnen werde, die ihn überall hin begleiten werden.

Die amtliche Blatt der französischen Republik vom 13. Februar meldet, ist eine zweite Anzahlung auf die vierte Milliarde der Kriegsschuldigung doch bereits am 6., 7. und 8. d. M. erfolgt, und zwar in Höhe von 200 Millionen, so daß von der vierten Milliarde nunmehr bereits 350 Millionen abgetragen sind.

Aus Madrid, 14. Februar, wird gemeldet: Bezüglich der Veränderungen im diplomatischen Corps wird berichtet, daß voraussichtlich Orense für Paris, Arguaca für London, Fiol für Brüssel bestimmt seien. Es wird ein Decret erwartet, welches die Adelsstitel und Decorationen für Civilisten abschaffen soll.

Die spanische Krise hat übrigens auch in Portugal ihren Nachhall gefunden, freilich in einer den neuen Madrider Herren verhältnißmäßig wenig erfreulichen Weise. In der Deputirtenkammer gab der zur Oppositionspartei gehörende Deputirte Silva am 12. die Erklärung ab, daß seines Bedünkens angeht der Ereignisse in Spanien alle sich fest um die bestehende Gewalt schaaren, vor Allem Portugiesen sein und allen Parteigeist und allen Parteihader schweigen lassen müßten.

Die spanische Krise hat übrigens auch in Portugal ihren Nachhall gefunden, freilich in einer den neuen Madrider Herren verhältnißmäßig wenig erfreulichen Weise. In der Deputirtenkammer gab der zur Oppositionspartei gehörende Deputirte Silva am 12. die Erklärung ab, daß seines Bedünkens angeht der Ereignisse in Spanien alle sich fest um die bestehende Gewalt schaaren, vor Allem Portugiesen sein und allen Parteigeist und allen Parteihader schweigen lassen müßten.

Der Congress der Vereinigten Staaten ist eine Botschaft des Präsidenten Grant zugegangen, in welcher die Annahme der Gesetzentwürfe besonders empfohlen wird, durch welche Kompetenzconflikte zwischen den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten und den Territorialgerichten im Territorium Utah künftig beseitigt werden sollen, damit namentlich die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Polygamie und andere strafbare Vergehen künftig im vollsten Umfange zur Anwendung gelangen können.

Im Senate des italienischen Parlaments wurde am 4. Februar auf den Antrag des Senators Bepoli folgende Tagesordnung angenommen: Der Senat, bewegt durch die Nachricht von

men, jedoch ist die Regierung durch die Aussagen anderer dabei betheiligter Personen in den Besitz wichtiger Enthüllungen gelangt.

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 16. Februar. Im Maschinenhause des Thüringer Bahnhofes verunglückte heute Morgen ein mit dem Reigen der Maschine beschäftigter Maschinenpumper dadurch, daß die Maschine, während er gerade unter derselben sich befand, plötzlich anrückte und ihn an den linken Fuß und Unterschenkel traf. Er erlitt dabei verschiedene Contusionen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Dankadresse von fünf Dresdener Schuldirektoren, welche die Publication des neuen Schulschulgesetzes bekräftigt, soll von fünf Lindenauer Lehrern unterzeichnet worden sein. Die andere Adresse, welche von dem Leipziger Lehrerverein ausgeht, erhielt in Lindenau einige neunzig, in Plagwitz außer den Unterschritten sämtlicher Lehrer einige vierzig Unterschriften.

Man meldet aus Eisenberg: Am 13. Januar erfolgte der erste Radehausenschlag zu dem Tunnel an dem nördlichen Abhang des felsigen Berges des Geierthals. Dieser Tunnel wird bis zu seinem südlichen Ausgange an der Planenischen Straße 200 Meter Länge haben. Auch in Greiz wird rüstig an dem durch den Schloßberg hindurch zu führenden Tunnel gearbeitet.

Verschiedenes.

Wäre der Ursprung mancher Mode den Nachahmerinnen bekannt — so schreibt die „Berl. Gerichtsztg.“ — sie würde wohl nie zur Allgemeinheit gelangen. So knipst sich an eine neue Form von Damenhüten folgende Anekdote: Die berühmteste Cora Pearl rüfzte sich bei einem lustigen Gelage, an dem sehr bekannte Mitglieder des Jockeyclubs teilnahmen, daß sie einen Hut selbst von der sicherlichsten Form nur anzusehen brauche, um sicher zu sein, daß ganz Paris und überhaupt die ganze elegante Welt diese Absurdität nachahmen werde.

Der Congreß der Vereinigten Staaten ist eine Botschaft des Präsidenten Grant zugegangen, in welcher die Annahme der Gesetzentwürfe besonders empfohlen wird, durch welche Kompetenzconflikte zwischen den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten und den Territorialgerichten im Territorium Utah künftig beseitigt werden sollen, damit namentlich die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Polygamie und andere strafbare Vergehen künftig im vollsten Umfange zur Anwendung gelangen können.

Der Congreß der Vereinigten Staaten ist eine Botschaft des Präsidenten Grant zugegangen, in welcher die Annahme der Gesetzentwürfe besonders empfohlen wird, durch welche Kompetenzconflikte zwischen den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten und den Territorialgerichten im Territorium Utah künftig beseitigt werden sollen, damit namentlich die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Polygamie und andere strafbare Vergehen künftig im vollsten Umfange zur Anwendung gelangen können.